

No. 32531

**GERMANY
and
CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC**

Treaty concerning the encouragement and reciprocal protection of investments (with protocol and exchange of notes dated 10 January and 13 February 1991). Signed at Prague on 2 October 1990

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Germany on 8 February 1996.

**ALLEMAGNE
et
RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE TCHÈQUE
ET SLOVAQUE**

Traité relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements (avec protocole et échange de notes en date des 10 janvier et 13 février 1991). Signé à Prague le 2 octobre 1990

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND DER TSCHECHISCHEN UND SLOWAKISCHEN FÖDERATIVEN REPUBLIK ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN GE-
GENSEITIGEN SCHUTZ VON KAPITALANLAGEN

Die Bundesrepublik Deutschland
und

die Tschechische und Slowakische Föderative Republik –

in dem Wunsch, die beiderseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für gegenseitige Kapitalanlagen zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß die Förderung und der gegenseitige Schutz von Kapitalanlagen geeignet sind, alle Formen der wirtschaftlichen Initiative, insbesondere im Bereich der privaten unternehmerischen Tätigkeit zu stärken –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht angelegt werden, insbesondere:
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben und im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Know how und Goodwill;

- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage entfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Investor“ eine natürliche Person mit ständigem Wohnsitz oder eine juristische Person mit Sitz im jeweiligen Geltungsbereich dieses Vertrags, die berechtigt ist, Kapitalanlagen zu tätigen.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Gebiet Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

(3) Kapitalanlagen und Erträge daraus und im Fall ihrer Wiederaufnahme deren Erträge genießen den vollen Schutz dieses Vertrags.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei oder Kapitalanlagen, an denen Investoren der anderen Vertragspartei beteiligt sind, in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Investoren oder Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Gebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in oder ihrer Assoziation mit einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Investoren dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Gebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Gebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Investoren einer Vertragspartei, die durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Staatsnotstand oder Aufruhr im Gebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Gebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen im Sinne von Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe c;

d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;

e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

(2) Der Transfer erfolgt unverzüglich zu dem am Tage des Transfers gültigen Wechselkurs.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Investoren Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Gebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Investoren kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Die andere Vertragspartei erkennt auch den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in diese Rechte und Ansprüche des Rechtsvorgängers nach Grund und Höhe an. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gilt Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Gebiet übernommen hat.

Artikel 8

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die von Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Gebiet seit dem 1. Januar 1950 vorgenommen worden sind.

Artikel 9

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die beiden Vertragsparteien im Verhandlungsweg beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen schriftlich mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheiten einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Investor der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, sind die Bestimmungen des Artikels 9 Absätze 3 bis 5 sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Bestellung der Mitglieder des Schiedsgerichts nach Artikel 9 Absatz 3 durch die Streitparteien erfolgt, und daß, soweit die in Artikel 9 Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten werden, jede Streitpartei mangels anderer Vereinbarungen den Vorsitzenden des Schiedsgerichtsinstituts der Handelskammer Stockholm bitten kann, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Der Schiedsspruch wird anerkannt und vollstreckt nach Maßgabe des Übereinkommens vom 10. Juni 1958 über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

(3) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Investor der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder für den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 11

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 12

Entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieser Vertrag in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Prag am 2. Oktober 1990 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HERMANN HUBER

Für die Tschechische und Slowakische
Föderative Republik:

VÁCLAV KLAUS

PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die Bestandteile des Vertrags sind:

(1) Zu Artikel 1

Die in Absatz 1 Buchstabe c genannten Ansprüche auf Geld umfassen Ansprüche aus Darlehen, die im Zusammenhang mit einer Beteiligung stehen und nach Zweck und Umfang den Charakter einer Beteiligung haben (beteiligungsähnliche Darlehen). Hierunter fallen nicht Kredite von dritter Seite, z. B. Bankkredite zu kommerziellen Bedingungen.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere die Verwaltung, die Verwendung und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere anzusehen: Einschränkungen beim Bezug von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderungen beim Absatz der Erzeugnisse, bei dem Zugang zu Krediten und in- und ausländischen Zahlungsmitteln sowie Beschränkungen bei der Beschäftigung von Personal und sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Gebiet ansässigen Investoren

gewährt werden, auf im Gebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im unmittelbaren Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Gebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufzuhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Der Investor hat auch Anspruch auf Entschädigung, wenn durch Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, an dem er beteiligt ist, eingegriffen und dadurch seine Kapitalanlage beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 5

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.
- b) Der gültige Wechselkurs im Sinne des Artikels 5 Absatz 2 soll dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds im Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

- (6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Geschehen zu Prag am 2. Oktober 1990 in zwei Urschriften,
jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wort-
laut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HERMANN HUBER

Für die Tschechische und Slowakische
Föderative Republik:

VÁCLAV KLAUS

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

DOHODA MEZI SPOLKOVOU REPUBLIKOU NĚMECKO A ČESKOU A SLOVENSKOU FEDERATIVNÍ REPUBLIKOU O PODPOŘE A VZÁJEMNÉ OCHRANĚ INVESTIC

Spolková republika Německo

a

Česká a Slovenská Federativní Republika

vedeny přáním prohloubit vzájemnou hospodářskou spolupráci,

v úsilí vytvořit příznivé podmínky pro vzájemné investice,

v poznání, že podpora a vzájemná ochrana investic slouží k posílení všech forem hospodářské iniciativy, zejména soukromé podnikatelské činnosti obou států,

dohodly se takto:

Článek 1

Pro účely této Dohody

1. Pojem „investice“ zahrnuje veškeré majetkové hodnoty, vložené v souladu s vnitrostátním právním řádem, zejména:
 - a) movitý a nemovitý majetek, jakož i ostatní věcná práva jako jsou hypotéky a zástavní práva;
 - b) akcie a jiné druhy účasti na společnostech;
 - c) pohledávky a nároky na peníze, jež byly vynaloženy na vytvoření hospodářských hodnot nebo pohledávky a nároky na plnění, jež má hospodářskou hodnotu a souvisí s investicí;
 - d) práva z oblasti duševního vlastnictví, zejména autorská práva, patenty, spotřební vzory, průmyslové vzory a modely, známky, obchodní jména, technické postupy, know-how a goodwill;
 - e) veřejnoprávní oprávnění včetně oprávnění k dobývání a těžbě přírodních zdrojů.
2. Pojem „výnosy“ označuje jakékoli obnosy, které pocházejí z investice, jako jsou podíly na zisku, dividendy, uroky, licenční nebo jiné poplatky.

3. Pojem „investor“ znamená fyzické osoby se stálým bydlištěm nebo právnické osoby se sídlem v okruhu působnosti této Dohody, jež jsou oprávněny jednat jako investoři.

Článek 2

1. Každá smluvní strana bude na svém území podle svých možností podporovat investice investorů druhé smluvní strany a povolovat tyto investice v souladu se svými právními předpisy. V každém případě bude poskytovat těmto investicím spravedlivé a rovné zacházení.
2. Žádná ze smluvních stran nebude na svém území jakkoli poškozovat svévolnými nebo diskriminačními opatřeními správu, řízení, používání nebo využití investic investorů druhé smluvní strany.
3. Investice a jejich výnosy jakož i reinvestice a výnosy z nich, požívají plné ochrany této Dohody.

Článek 3

1. Žádná smluvní strana nebude nakládat s investicemi investorů druhé smluvní strany nebo investicemi, na nichž se investoři druhé smluvní strany podílejí, na svém území méně příznivě než s investicemi vlastních investorů nebo s investicemi investorů třetích států.
2. Žádná smluvní strana nebude nakládat s investory druhé smluvní strany, pokud jde o jejich činnost vztahující se k investicím na jejím území, méně příznivě než s vlastními investory nebo investory třetích států.
3. Toto jednání se nevztahuje na výhradní práva, která jedna smluvní strana poskytuje investorům třetích států s ohledem na jejich členství nebo přidružení k celní nebo hospodářské unii, společnému trhu nebo pásmu volného obchodu.
4. Jednání vyplývající z tohoto článku se nevztahuje na výhody, jež jedna smluvní strana poskytuje investorům třetích států na základě dohody o zamezení dvojího zdanění nebo jiných dohod týkajících se daňových otázek.

Článek 4

1. Investice investorů jedné smluvní strany požívají na území druhé smluvní strany plné ochrany a bezpečnosti.
2. Investice investorů jedné smluvní strany nesmějí být na území druhé smluvní strany vyvlastněny, znárodněny nebo podřízeny jakémukoliv jinému opatření, jehož výsledek je stejný jako

vyvlastnění nebo znárodnění, s výjimkou případů provedených ve veřejném zájmu a zaručující odškodnění. Odškodnění musí odpovídat hodnotě vyvlastněné investice bezprostředně před dobou, kdy skutečné nebo hrozící vyvlastnění, znárodnění nebo jiné podobné opatření bylo veřejně vyhlášeno. Odškodnění musí být vyplaceno bezodkladně a musí zahrnovat obvyklý bankovní úrok až do doby splatnosti; musí být skutečně zhodnotitelné a volně převoditelné. Opatření ke stanovení a výplatě odškodnění musí být provedeno vhodným způsobem nejpozději v době vyvlastnění, znárodnění nebo podobného opatření. Platnost vyvlastnění, znárodnění nebo podobného opatření a výše odškodnění musí být přezkoumatelné v řádném soudním řízení.

3. S investory smluvní strany, jejichž investice utrpí na území druhé smluvní strany ztráty v důsledku ozbrojených konfliktů, výjimečného stavu nebo povstání, nebude zacházeno ve věci restituice, vyrovnaní, náhrady škody nebo jiného narovnání méně příznivě než s vlastními investory. Takové platby musí být volně převoditelné.

4. Investoři jedné smluvní strany budou na území druhé smluvní strany požívat v případech zmíněných tímto článkem doložky nejvyšších výhod.

Článek 5

1. Každá smluvní strana zajistí investorům druhé smluvní strany volný převod plateb souvisejících s investicemi, zejména

- a) kapitálu a dodatečných částek potřebných k udržování nebo rozširování investice;
- b) výnosů;
- c) splátek půjček ve smyslu článku 1, odstavce 1, písm. c);
- d) výtěžku v případě úplné nebo částečné likvidace nebo prodeje investice;
- e) odškodnění podle článku 4.

2. Převod se uskutečňuje bezodkladně kursem platným v den převodu.

Článek 6

Poskytne-li smluvní strana svým investorům platby na základě záruky za investice na území druhé smluvní strany, uzná tato druhá smluvní strana bez újmy práv vyplynoucích pro první smluvní stranu z článku 9 převod všech práv nebo nároků těchto investorů v souladu se zákonem nebo na základě právního ujednání na první smluvní stranu. Druhá smluvní strana uzná rovněž

vstup první smluvní strany do všech těchto práv nebo nároků právního předchůdce co do jejich základu a výše. Pro převod plateb z přenesených nároků platí článek 5.

Článek 7

1. Vyplýne-li z právních předpisů jedné smluvní strany nebo z mezinárodněprávních závazků, které platí mimo tuto smlouvu mezi smluvními stranami nebo budou platit v budoucnu, obecná nebo zvláštní úprava, která poskytuje investicím investorů druhé smluvní strany příznivější zacházení než tato Dohoda, pak tato úprava má přednost před touto Dohodou tou měrou, jakou je příznivější.

2. Každá smluvní strana dodrží každý jiný závazek, který převzala na svém území s ohledem na investice investorů druhé smluvní strany.

Článek 8

Tato Dohoda platí též pro investice uskutečněné investory jedné smluvní strany na území druhé smluvní strany, v souladu s právními předpisy druhé smluvní strany, po 1. lednu 1950.

Článek 9

1. Spory mezi smluvními stranami o výklad nebo použití této Dohody mají být pokud možno urovnány jednáním obou smluvních stran.

2. Nelze-li tímto způsobem spor odstranit, pak se na žádost jedné z obou smluvních stran musí věc předložit rozhodčímu soudu.

3. Rozhodčí soud se zřizuje případ od případu tak, že každá smluvní strana určí jednoho člena a tito dva členové se dohodnou na předsedovi, příslušníku třetího státu, který musí být potvrzen oběma smluvními stranami. Členové musí být jmenováni během dvou měsíců, předseda během tří měsíců ode dne, kdy jedna smluvní strana sdělila písemně druhé smluvní straně, že hodlá předložit spor rozhodčímu soudu.

4. Pokud nebudou dodrženy lhůty uvedené v odstavci 3, může při nedostatku jiné dohody požádat každá smluvní strana předsedu Mezinárodního soudního dvora, aby provedl potřebná jmenování.

5. Rozhodčí soud rozhoduje většinou hlasů. Jeho rozhodnutí jsou závazná. Každá smluvní strana hradí výlohy jí jmenovaného člena a svého zastoupení v řízení před rozhodčím soudem; výlohy

předsedy a ostatní výlohy budou hrazeny oběma smluvními stranami stejným dílem. Rozhodčí soud může určit jinou úpravu výloh. V ostatním upravuje rozhodčí soud své řízení sám.

Článek 10

1. Spory týkající se investic mezi jednou smluvní stranou a investorem druhé smluvní strany mají být pokud možno mezi stranami ve sporu vyřešeny přátelsky.

2. Nemůže-li být spor vyřešen ve lhůtě 6 měsíců ode dne jeho oznámení jednou stranou ve sporu, bude předložen na žádost investora druhé smluvní strany rozhodčímu soudu. Pokud se strany ve sporu nedohodnou jinak, používají se ustanovení článku 9 odstavce 3 až 5 přiměřeně s tím, že jmenování členů rozhodčího soudu se uskuteční podle článku 9 odstavce 3 a v případě, že nebudou dodrženy lhůty uvedené v článku 9 odstavci 3, každá strana ve sporu může požádat předsedu rozhodčího soudu Obchodní komory ve Stockholmu, aby provedl potřebná jmenování. To platí za předpokladu, že mezi stranami ve sporu neplatí jiné ujednání. Rozhodčí výrok bude uznán a vykonán podle Úmluvy o uznavání a výkonu cizích rozhodčích nálezů (New York, 10. června 1958).

3. Strana ve sporu nebude v průběhu rozhodčího řízení nebo při výkonu rozhodčího výroku namítat, že investor druhé smluvní strany obdržel náhradu části nebo celé škody z titulu pojistění.

Článek 11

Tato Dohoda platí bez ohledu na to, zda jsou mezi smluvními stranami navázány diplomatické a konzulární styky.

Článek 12

Podle Čtyřstranné dohody ze 3. září 1971 bude tato Dohoda v souladu se stanovenými postupy rozšířena na Berlín (Západní).

Článek 13

1. Tato Dohoda podléhá ratifikaci; ratifikační listiny budou vyměněny co nejdříve v Bonnu.

2. Tato Dohoda vstoupí v platnost za třicet dnů po výměně ratifikačních listin. Bude platit po dobu deseti let; poté bude její platnost prodloužena na neurčito, pokud nebude písemně vypořázena jednou ze smluvních stran ve lhůtě 12 měsíců před koncem platnosti. Po uplynutí deseti let může být tato Dohoda kdykoli vypovězena ve lhůtě dvanácti měsíců.

3. Pro investice uskutečněné před ukončením platnosti této Dohody platí ustanovení článků 1–12 dalších patnáct let ode dne skončení její platnosti.

Dáno v Praze dne 2. října 1990 ve dvou původních vyhotovených, každé v německém a českém jazyce, přičemž obé znění mají stejnou platnost.

Za Spolkovou republiku
Německo:
HERMANN HUBER

Za Českou a Slovenskou
Federativní Republiku:
VÁCLAV KLAUS

PROTOKOL

Při podpisu Dohody mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o podpoře a vzájemné ochraně investic se podepsání zplnomocnenci dohodli na tomto ujednání, které je nedílnou součástí Dohody.

(1) K článku 1

Pohledávky a nároky na peníze uvedené v odstavci 1 písmena c) zahrnují pohledávky a nároky z půjček, které souvisejí s účastí a podle významu a rozsahu mají charakter účasti (půjčky, které jsou podobné účasti). Nespadají sem úvěry třetí strany, např. bankovní úvěry podle obchodních podmínek.

(2) K článku 2

Dohoda platí též na území výlučné hospodářské zóny a kontinentálního šelfu, pokud mezinárodní právo kterékoli smluvní strany dovoluje v těchto oblastech výkon suveréních práv nebo výsostných oprávnění.

(3) K článku 3

- a) Za „činnost“ ve smyslu článku 3 je nutno považovat zejména správu, použití a využití investice. Za „méně příznivé“ zacházení ve smyslu článku 3 je nutno považovat zejména: omezení odběru surovin a pomocného materiálu, energie a paliv, jakož i výrobních a provozních prostředků všeho druhu, zlepšování odbytu výrobků a přístupu k úvěrům, k tuzemským a zahraničním platebním prostředkům, jakož i omezení při zaměstnávání personálu a jiná opatření s podobným účinkem. Opatření, která je nutno učinit z důvodů veřejné bezpečnosti a pořádku, národního zdraví nebo mravnosti, neplatí za „méně příznivé“ zacházení ve smyslu článku 3.
- b) Ustanovení článku 3 nezavazují smluvní stranu poskytnout investorům na území druhé smluvní strany daňové výhody, výjimky a úlevy, jež jsou podle daňových předpisů zaručeny jen investorům se sídlem na území této smluvní strany.
- c) Smluvní strany budou v rámci svého vnitrostátního právního řádu benevolentně posuzovat žádosti o vstup a pobyt osob druhé smluvní strany, jež si přejí v bezprostřední souvislosti s investicí vstoupit na území druhé smluvní strany; totéž platí pro zaměstnance jedné

smluvní strany, kteří si v bezprostřední souvislosti s investicí přejí vstoupit na území druhé smluvní strany a zdržovat se zde za účelem výkonu zaměstnání. Také žádosti o udělení pracovního povolení budou posuzovány benevolentně.

(4) K článku 4

Investor má rovněž nárok na náhradu, dojde-li opatřením uvedeným v článku 4 odstavci 2 k zásahu do podniku, na němž se podílí, a tím byla jeho investice poškozena.

(5) K článku 5

- a) Převod „bezodkladně“ ve smyslu článku 4 odstavci 2 a článku 5 odstavci 2 je převod učiněný v době obvykle požadovaně pro přihlédnutí k možnostem spojeným s převodem. Tato doba začíná dnem, kdy byla předložena příslušná žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců.
- b) Platný kurs ve smyslu článku 5 odstavci 2 má odpovídat křížovému kursu (cross rate) vyplývajícímu z kursů, které by vzal Mezinárodní měnový fond v okamžiku platby za základ pro přepočty příslušných měn na zvláštní práva čerpání.
- (6) Při přepravě zboží a osob uskutečňované v souvislosti s investicí nebude jedna smluvní strana bránit ani překážet přepravnímu podniku druhé smluvní strany, aby obdržel povolení k uskutečnění přepravy, pokud je povolení třeba.

Dáno v Praze dne 2. října 1990 ve dvou původních vyhotovených, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Spolkovou republiku
Německo:

HERMANN HUBER

Za Českou a Slovenskou
Federativní Republiku:

VÁCLAV KLAUS

EXCHANGE OF NOTES — ÉCHANGE DE NOTES

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

I

BOTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Wi 410.20/13 - PR/ch

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland begrüßt das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und bittet um Unterrichtung des Föderalen Ministeriums für Finanzen über folgenden Sachverhalt:

Im Rahmen der Vorbereitung des Ratifizierungsverfahrens hat sich herausgestellt, daß in der Protokollnotiz zu Artikel 5, Buchstabe a), des Vertrages infolge eines Versehens statt des Wortes „Transferförmlichkeiten“ das Wort „Transfermöglichkeiten“ benutzt wurde, obwohl sich aus dem Zusammenhang ergibt, daß das Wort „Transferförmlichkeiten“ gemeint ist.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland schlägt deswegen vor, daß die Protokollnotiz zu Artikel 5 Buchstabe a) folgenden zutreffenden Wortlaut erhält:

In der deutschen Sprachfassung:

„Als ‚unverzüglich‘ durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.“

In der tschechischen Sprachfassung:

„Převod ‚bezodkladně‘ ve smyslu článku 4 odst. 2 a článku 5 odst. 2 je převod učinený v době obvykle požadované pro přihlédnutí k formalitám spojeným s převodem. Tato doba začina dnem, kdy byla předložena příslušna žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců.“

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wäre der Regierung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik dankbar, wenn sie dieser Berichtigung zustimmen und dies unter Wiederholung des berichtigten Wortlautes der Protokollnotiz zu Artikel 5, Buchstabe a), möglichst bald bestätigen könnte. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wäre darüber hinaus dankbar, wenn in der Antwortnote der folgende Text enthalten wäre:

„Mit der Verbalnote Nr. 57/91 der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland vom 10. 1. 1991 und dieser Antwortnote ist der Vertrag vom 2. Oktober 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Wirkung vom Tage der Unterzeichnung, dem 2. Oktober 1990, berichtet.“

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland benutzt diesen Anlaß, das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Prag, den 10. Januar 1991

An das Föderale Ministerium
für Auswärtige Angelegenheiten
der Tschechischen und Slowakischen
Föderativen Republik

Prag

II

FÖDERALES MINISTERIUM FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Az: 77.380/91

Verbalnote

Das Föderale Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten begrüßt die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland und beeindruckt sich, als Antwort auf die Verbalnote Nr. 57/91 nach Übereinkunft mit den zuständigen staatlichen Organen der ČSFR mitzuteilen, daß die tschechoslowakische Seite mit der Berichtigung der Fassung des Protokolls zu dem am 2. Oktober 1990 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen einverstanden ist. In Punkt 5 zu Artikel 5 des Vertrags wird unter Buchstabe a anstelle des Worts „Transfermöglichkeiten“ („možnostem“) das Wort „Transferförmlichkeiten“ („formalitám“) verwendet. In der tschechischen Fassung ist es dann darüber hinaus noch angebracht, die Präposition „pro“ („für“) durch „s“ („mit“) zu ersetzen, d. h. daß die Bestimmung in folgender Textfassung der Föderalversammlung zur Verabschiedung vorgelegt wird:

..(5) Zu Artikel 5

- a) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.“

Das Föderative Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Prag, den 13. Februar 1991

An die Botschaft
den Bundesrepublik Deutschland
Prag

[TRANSLATION — TRADUCTION]

**TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
AND THE CZECH AND SLOVAK FEDERAL REPUBLIC CON-
CERNING THE PROMOTION AND RECIPROCAL PROTECTION
OF INVESTMENTS**

The Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federal Republic,
Desiring to intensify mutual economic cooperation,
Striving to create favourable conditions for reciprocal investments,
Recognizing that the promotion and reciprocal protection of investments serve
to strengthen all forms of economic initiative, particularly in respect of private
enterprise,

Have agreed as follows:

*Article 1***For the purposes of this Treaty**

(1) The term "investments" comprises all kinds of assets that are invested in accordance with domestic legislation, particularly:

(a) Movable and immovable property as well as any other rights *in rem* such as mortgages and liens;

(b) Shares and other kinds of participation in companies;

(c) Claims to money that has been used to create economic value or claims to services that have economic value and are related to an investment;

(d) Intellectual property rights, including, in particular, copyright, patents, registered designs, industrial designs and models, trademarks, trade names, technical processes, know-how and goodwill;

(e) Concessions under public law, including concessions for prospecting and exploitation.

(2) The term "returns" refers to amounts yielded by an investment such as profits, dividends, interest, royalties or other remuneration;

(3) The term "investor" refers to an individual having a permanent place of residence in the area covered by this Agreement, or a body corporate having its registered office therein, authorized to make investments.

Article 2

(1) Each Contracting Party shall in its territory promote as far as possible investments by investors of the other Contracting Party, permitting such investments in accordance with its laws. It shall in all cases afford investments just and equitable treatment.

¹ Came into force on 2 August 1992, i.e., 30 days after the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn on 3 July 1992, in accordance with article 13 (2).

(2) No Contracting Party shall in any way impede the management, maintenance, use or enjoyment of investments in its territory by investors of the other Contracting Party by means of arbitrary or discriminatory measures.

(3) Investments and returns thereon together with returns on any reinvestment shall enjoy full protection under this Treaty.

Article 3

(1) Each Contracting Party shall accord in its territory, to investments by investors of the other Contracting Party or investments in which investors of the other Contracting Party have a holding, treatment no less favourable than that accorded to investments by its own investors or to investments by investors of third States.

(2) Each Contracting Party shall accord in its territory, to investors of the other Contracting Party, in respect of their activities in connection with such investments, treatment no less favourable than that accorded to its own investors or to investors of third States.

(3) Such treatment shall not extend to privileges which either Contracting Party accords to investors of a third State by virtue of their membership in, or association with, a customs or economic union, a common market or a free trade area.

(4) The treatment granted under this article shall not extend to privileges which either Contracting Party accords to investors of third States by virtue of a double taxation agreement or other agreements concerning matters of taxation.

Article 4

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and full security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party may be expropriated, nationalized or subjected to other measures with effects equivalent to expropriation or nationalization only in the public interest and against compensation. Such compensation shall correspond to the value of the investment expropriated immediately before the date on which the actual or pending expropriation, nationalization or similar measure was made public. Compensation shall be paid without delay and shall bear interest at the normal rate of bank interest; it shall be effectively convertible and freely transferable. Provision for the determination and payment of such compensation shall be made in an appropriate manner no later than the date of the expropriation, nationalization or similar measure. The legality of the expropriation, nationalization or similar measure and the amount of the compensation may be subject to review in a properly constituted legal proceeding.

(3) Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party as a result of armed conflict, a national emergency or state of unrest shall be accorded treatment by that other Contracting Party no less favourable than that accorded by such Party to its own investors in respect of restitution, indemnification, compensation or other consideration. Such payments shall be freely transferable.

(4) In matters governed by this article, investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party.

Article 5

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer of payments in connection with an investment and, in particular, of:

(a) Capital and additional amounts for the maintenance or extension of the investment;

(b) Returns;

(c) Payments for the repayment of loans within the meaning of article 1, paragraph 1 (c);

(d) Proceeds from the total or partial liquidation or sale of the investment;

(e) Compensation as provided for under article 4.

(2) Transfers shall be effected without delay at the exchange rates prevailing on the day of the transfer.

Article 6

If either Contracting Party makes payment to any of its investors on the basis of a guarantee for an investment in the territory of the other Contracting Party, that other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the first-mentioned Contracting Party as set forth in article 9, recognize the assignment of all rights and claims of the investor to that first-mentioned Contracting Party by operation of law or on the basis of a legal transaction. The other Contracting Party shall also recognize the subrogation of the first-mentioned Contracting Party (on the merits or in terms of amount) to any such rights and claims of the legal predecessor. Article 5 shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments to be made on the basis of the assigned claims.

Article 7

(1) If the legislation of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established in the future between the Contracting Parties in addition to this Treaty contain a general or specific arrangement according the investments of investors of the other Contracting Party treatment more favourable than that accorded under this Treaty, such arrangement shall to the extent that it is more favourable prevail over this Treaty.

(2) Each Contracting Party shall comply with any other obligation it has assumed in respect of investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 8

This Treaty shall also apply to investments made by investors of either Contracting Party in accordance with the laws of the other Contracting Party in its territory with effect from 1 January 1950.

Article 9

(1) Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Treaty shall as far as possible be settled by means of negotiation between the two Contracting Parties.

(2) If such a dispute cannot be settled in this manner, it shall, at the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted in each case as follows: each Contracting Party shall appoint one member and the two members shall agree on a national of a third State as chairman. Such members shall be appointed within two months, and the chairman within three months, after the date on which one Contracting Party notifies the other in writing that it intends to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the time-limits stipulated in paragraph 3 have not been observed, and in the absence of any other arrangement, either Contracting Party may request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall decide by majority vote. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs of its own member and of its legal representation in the arbitration proceedings. The costs of the chairman and any other costs shall be shared equally between the two Contracting Parties. The tribunal may determine a different allocation of costs. The tribunal shall also draw up its own rules of procedure.

Article 10

(1) Disputes between either Contracting Party and an investor of the other Contracting Party regarding investments shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months from the date on which it was officially raised by either party to the dispute, it shall at the request of the investors of the other Contracting Party, be submitted for arbitration. In the absence of any other arrangement between the parties to the dispute, the provisions of article 9, paragraphs 3 to 5 shall apply *mutatis mutandis*, subject to the proviso that the members of the arbitral tribunal shall be appointed by the parties to the dispute in accordance with the provisions of article 9, paragraph 3, and that, if the time-limits provided for in article 9, paragraph 3, are not observed, either party to the dispute may, in the absence of any other arrangement, request the Chairman of the Arbitration Institute of the Stockholm Chamber of Commerce to make the necessary appointments. The award shall be recognized and enforced under the Convention of 10 June 1958 on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards.¹

(3) The Contracting Party which is a party to the dispute shall not in course of arbitration proceedings or the execution of the arbitral award raise an objection on the grounds that the investor who is the other party to the dispute has already received compensation for all or part of his losses under an insurance policy.

Article 11

This Treaty shall apply irrespective of whether diplomatic or consular relations exist between the Contracting Parties.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

Article 12

In keeping with the Quadripartite Agreement of 3 September 1971,¹ this Treaty shall be extended to Berlin (West) in accordance with established procedures.

Article 13

(1) This Treaty is subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible at Bonn.

(2) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification. It shall remain in force for 10 years, and shall be extended thereafter for an unlimited period, unless either Contracting Party denounces it in writing 12 months prior to its expiration. After the expiry of 10 years, the Treaty may be denounced at any time, subject to 12 months' prior notice.

(3) With respect to investments made prior to the termination of this Treaty, articles 1 to 12 shall continue to apply for a further period of 15 years from the date of termination of this Treaty.

DONE at Prague on 2 October 1990, in two original copies in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HERMANN HÜBER

For the Czech and Slovak Federal
Republic:

VÁCLAV KLAUS

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 880, p. 115.

PROTOCOL

In signing the Treaty between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federal Republic concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments, the undersigned plenipotentiaries have agreed on the following provisions, which shall constitute an integral part of the Treaty:

(1) *Ad article 1:*

The claims to money referred to in article 1, paragraph (c), include claims arising from loans in connection with a shareholding which, in purpose and scope, have the character of a shareholding (shareholding-like loans). Credits from third parties, for example, bank credits subject to commercial conditions, shall not be included hereunder.

(2) *Ad article 2:*

This treaty shall also apply to areas in the exclusive economic zone and the continental shelf, provided that the Contracting Party in question is entitled under international law to exercise sovereignty or jurisdiction over such areas.

(3) *Ad article 3:*

(a) "Activities" within the meaning of article 3 shall include, in particular, the management, maintenance and enjoyment of an investment. "Less favourable" treatment within the meaning of article 3 shall include, in particular, restrictions on the purchase of raw and auxiliary materials, energy and fuel, inputs for production and equipment operation of any kind, barriers to the marketing of products, to gaining access to credit and to domestic and foreign means of payment, and restrictions on the activities of personnel and other measures having similar effect. Measures taken for reasons of public security, and order, public health or decency shall not be deemed to be "less favourable" treatment within the meaning of article 3.

(b) The provisions of article 3 shall not oblige a Contracting Party to extend to investors residing in the territory of the other Contracting Party such tax privileges, exemptions and reductions as are accorded under tax legislation exclusively to investors residing in its territory.

(c) The Contracting Parties shall, within the framework of their domestic legislation, give sympathetic consideration to applications for entry and residence by individuals from either Contracting Party wishing to enter the territory of the other Contracting Party in direct connection with an investment; the same shall apply to employees from either Contracting Party who, in direct connection with an investment, wish to enter the territory of the other Contracting Party and remain there in order to take up employment. Applications for work permits shall also receive sympathetic consideration.

(4) *Ad article 4:*

The investor shall also have a claim to compensation if measures within the meaning of article 4, paragraph 2, affect the enterprise in which he has shares and his investment suffers thereby.

(5) *Ad article 5:*

(a) A transfer shall be deemed as having been made "without delay" within the meaning of article 4, paragraph 2, and article 5, paragraph 2, if it is effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. Such

period shall begin on the day of submission of the application and may on no account exceed two months.

(b) The prevailing rate of exchange within the meaning of article 5, paragraph 2, shall correspond to the cross rate of the rates of exchange which, on the date of payment, the International Monetary Fund would take as the basis for converting the relevant currencies into special drawing rights.

(6) With respect to the transport of goods and persons in connection with an investment, neither of the Contracting Parties shall exclude or restrict transport enterprises of the other Contracting Party, and where necessary shall issue permits for transport operations.

DONE at Prague on 2 October 1990, in two original copies in the German and Czech languages, each text being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HERMANN HÜBER

For the Czech and Slovak Federal
Republic:

VÁCLAV KLAUS

EXCHANGE OF NOTES

I

EMBASSY OF THE FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY

Wi 410.20/13 - PR/ch

Note verbale

The Embassy of the Federal Republic of Germany presents its compliments to the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Czech and Slovak Republic and requests that the Federal Ministry of Finance be apprised of the following:

In the course of preparations for the ratification process, it has emerged that as a result of an oversight in the protocol note *ad* article 5, item (a) of the Treaty, the word *Transfermöglichkeiten* (transfer facilities) was used instead of the word *Transferförmlichkeiten* (transfer formalities), although the context makes it apparent that *Transferförmlichkeiten* was intended.

The Government of the Federal Republic of Germany therefore proposes that the protocol note *ad* article 5, item (a), should read as follows:

In the German text:

“Als ‘unverzüglich’ durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten”.

In the Czech text:

“Převod ‘bezodkladně’ ve smyslu článku 4 odst. 2 a článku 5 odst. 2 je převod učinený v době obvykle požadované pro přihlédnutí k formalitám spojený s převodem. Tato doba začina dnem, kdy byla předložena příslušná žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců.”

The Embassy of the Federal Republic of Germany would be grateful to the Government of the Czech and Slovak Federal Republic if it were to agree to this correction and provide confirmation thereof by reissuing the corrected text of the protocol note *ad* article 5, item (a), at the earliest opportunity. The Embassy of the Federal Republic of Germany would also be grateful if the following text could be included in the reply:

“By Note verbale No. 57/91 dated 10 January 1991 from the Embassy of the Federal Republic of Germany and this reply, the Treaty of 2 October 1990 between the Federal Republic of Germany and the Czech and Slovak Federal Republic concerning the Promotion and Reciprocal Protection of Investments is corrected with effect from the date of its signature, 2 October 1990.”

The Embassy of the Federal Republic of Germany takes this opportunity to convey to the Federal Ministry of Foreign Affairs of the Czech and Slovak Federal Republic the renewed assurances of its highest consideration.

Prague, 10 January 1991

Federal Ministry of Foreign Affairs
of the Czech and Slovak Federal Republic
Prague

II

FEDERAL MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS

Az: 77.380/91

Note verbale

The Federal Ministry of Foreign Affairs presents its compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany and has the honour, in response to Note verbale No. 57/91 and in agreement with the competent State organs of the Czech and Slovak Federal Republic, to inform the Embassy that the Czechoslovak side agrees to the correction of the text of the Protocol to the Treaty signed on 2 October 1990 at Prague between the Czech and Slovak Federal Republic and the Federal Republic of Germany concerning Promotion and Reciprocal Protection of Investments. In the note *ad* article 5, item (a), of the Treaty the word *Transferförmlichkeiten* (transfer formalities) shall be used instead of the word *Transfermöglichkeiten* (transfer facilities). In the Czech text, the preposition *pro* (for) shall accordingly be replaced by *s* (with); the provision to be presented for the Federal Assembly to adopt shall read as follows:

[*See note I*]

The Federal Ministry of Foreign Affairs takes this opportunity to convey to the Embassy of the Federal Republic of Germany the renewed assurances of its highest consideration.

Prague, 13 February 1991

The Embassy of the Federal Republic
of Germany
Prague

[TRADUCTION — TRANSLATION]

**TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRATIVE TCHÈQUE ET SLOVAQUE
RELATIF À L'ENCOURAGEMENT ET À LA PROTECTION RÉCIPROQUE DES INVESTISSEMENTS**

La République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque,

Désireuses d'intensifier la coopération économique bilatérale,

S'efforçant d'instaurer des conditions favorables aux investissements réciproques,

Reconnaissant que l'encouragement et la protection réciproque de ces investissements sont propres à renforcer toutes les formes d'initiative économique, notamment dans le domaine de l'entreprise privée,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Aux fins du présent Traité,

1. Le terme « investissements » désigne toutes les sortes de biens investis conformément à la législation intérieure, en particulier

a) La propriété de biens mobiliers et immobiliers ainsi que les autres droits réels tels que les hypothèques et les droits de gage;

b) Les parts de société et autres formes de participation à des sociétés;

c) Les créances portant sur des sommes d'argent ayant servi à créer une valeur économique ou sur des prestations ayant une valeur économique et qui se rapportent à un investissement;

d) Les droits de propriété intellectuelle tels que les droits d'auteur, les brevets, les modèles déposés, les dessins et modèles industriels, les marques, les dénominations commerciales, les procédés techniques, le savoir-faire et la clientèle;

e) Les concessions de droit public, y compris les concessions de prospection et d'extraction.

2. Le terme « revenus » désigne les sommes rapportées par un investissement telles que les bénéfices, dividendes, intérêts, redevances ou autres formes de rémunération;

3. Le terme « investisseur » désigne une personne physique qui réside en permanence ou une personne morale qui a son siège dans le territoire auquel s'applique le présent Traité et qui est habilitée à effectuer des investissements.

¹ Entré en vigueur le 2 août 1992, soit 30 jours après l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn le 3 juillet 1992, conformément au paragraphe 2 de l'article 13.

Article 2

1) Chacune des Parties contractantes encouragera dans la mesure du possible les investissements sur son territoire des investisseurs de l'autre Partie contractante et les autorisera conformément à sa législation. Elle les traitera dans tous les cas de manière juste et équitable.

2) Aucune des Parties contractantes n'entravera d'une manière quelconque l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation des investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante sur son territoire par des moyens arbitraires ou discriminatoires.

3) Les investissements et leurs produits et, dans le cas de réinvestissements, les produits de ces derniers bénéficient de l'entièvre protection prévue par le présent Traité.

Article 3

1) Chacune des Parties contractantes traitera les investissements des investisseurs de l'autre Partie contractante ou les investissements auxquels participent des investisseurs de l'autre Partie contractante sur son territoire d'une manière non moins favorable que les investissements de ses propres investisseurs ou les investissements d'investisseurs d'Etats tiers.

2) Chacune des Parties contractantes traitera les investisseurs de l'autre Partie contractante, quant à leur activité relative à des investissements sur son territoire, d'une manière non moins favorable que ses propres investisseurs ou que les investisseurs d'Etats tiers.

3) Ce traitement ne concerne pas les priviléges que l'une des Parties contractantes accorde aux investisseurs d'Etats tiers du fait qu'ils appartiennent ou sont associés à une union douanière ou économique, à un marché commun ou à une zone de libre-échange.

4) Le traitement visé dans le présent article ne concerne pas les avantages qu'une Partie contractante accorde aux investisseurs d'Etats tiers au titre d'une convention tendant à éviter la double imposition ou d'autres conventions relatives à des questions fiscales.

Article 4

1) Les investissements des investisseurs de l'une des Parties contractantes bénéficient d'une entière protection et d'une entière sécurité sur le territoire de l'autre Partie contractante.

2) Les investissements des investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante ne peuvent être expropriés, nationalisés ou soumis à d'autres mesures ayant des effets équivalant à l'expropriation ou à la nationalisation que dans l'intérêt public et contre indemnisation. L'indemnité doit correspondre à la valeur que l'investissement exproprié possédait immédiatement avant le moment où l'expropriation, la nationalisation ou la mesure équivalente effective ou imminente a été rendue publique. Elle doit être versée sans délai et assortie, jusqu'à la date du paiement, d'un intérêt conforme au taux bancaire habituel; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. Des dispositions appropriées concernant la fixation et le versement de l'indemnisation seront prises au plus tard lors de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure

équivalente. La régularité de l'expropriation, de la nationalisation ou de la mesure équivalente et le montant de l'indemnité doivent pouvoir être vérifiés au cours d'une procédure judiciaire normale.

3) Les investisseurs de l'une des Parties contractantes qui subissent des pertes d'investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante en raison d'un conflit armé, d'un état d'urgence national ou d'un soulèvement ne seront pas traités par cette autre Partie contractante d'une manière moins favorable en matière de restitution, de dédommagement, d'indemnisation ou autres contreparties que ses propres investisseurs. Ces paiements devront être librement transférables.

4) En ce qui concerne les questions régies par le présent article, les investisseurs de l'une des Parties contractantes bénéficient, sur le territoire de l'autre Partie contractante, du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 5

1) Chacune des Parties contractantes garantit aux investisseurs de l'autre Partie contractante le libre transfert des paiements liés aux investissements, et notamment

a) Du capital et des sommes supplémentaires nécessaires à l'entretien ou à l'extension de l'investissement;

b) Des revenus;

c) Des remboursements de prêts au sens de l'alinéa 1, c de l'article premier;

d) Du produit retiré de la liquidation ou de l'aliénation totale ou partielle de l'investissement;

e) Des indemnisations prévues à l'article 4.

2) Le transfert a lieu sans délai au taux de change en vigueur à la date du transfert.

Article 6

Si l'une des Parties contractantes effectue, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement sur le territoire de l'autre Partie contractante, des versements à ses investisseurs, cette dernière reconnaîtra, sans préjudice des droits de la première Partie visés à l'article 9, la cession à la première Partie, par l'effet d'une loi ou d'un acte judiciaire, de tout droit ou prétention de ces investisseurs. L'autre Partie contractante reconnaîtra également la subrogation de la première Partie contractante aux droits et prétentions en question de son prédécesseur en titre quant au fond et au montant. L'article 5 s'applique par analogie au transfert des paiements à effectuer au titre de la subrogation.

Article 7

1) Si, en vertu de la législation de l'une des Parties contractantes ou d'obligations de droit international qui existent ou viendraient à exister entre les Parties contractantes en sus du présent Traité, une disposition générale ou particulière stipule d'accorder aux investissements réalisés par les investisseurs de l'autre Partie contractante un traitement plus favorable que ne le prévoit le présent Traité, ladite disposition prévaut sur le présent Traité dans la mesure où elle est plus favorable.

2) Chacune des Parties contractantes respectera toute autre obligation qu'elle aura contractée en ce qui concerne les investissements réalisés sur son territoire par des investisseurs de l'autre Partie contractante.

Article 8

Le présent Traité s'applique également aux investissements réalisés depuis le 1^{er} janvier 1950 par des investisseurs de l'une des Parties contractantes sur le territoire de l'autre Partie contractante conformément à la législation de celle-ci.

Article 9

1) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité seront, dans la mesure du possible, réglés par les deux Parties contractantes au moyen de négociations.

2) Si un différend ne peut être réglé de cette manière, il sera soumis à un tribunal arbitral sur la demande de l'une des Parties contractantes.

3) Le tribunal arbitral sera composé cas par cas de la manière suivante : chacune des Parties contractantes nommera un membre, et les deux membres désigneront d'un commun accord un ressortissant d'un Etat tiers comme président, qui sera nommé par les deux Parties contractantes. Les membres seront nommés dans les deux mois, et le Président dans les trois mois suivant la date à laquelle l'une des Parties contractantes aura fait connaître par écrit à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4) Si les délais visés au paragraphe 3 ne sont pas respectés, chacune des Parties contractantes pourra, faute d'un autre arrangement, prier le Président de la Cour internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires.

5) Le tribunal arbitral se prononce à la majorité. Ses décisions ont force obligatoire. Les Parties contractantes supporteront chacune les frais de leur arbitre et de leurs représentants à la procédure arbitrale; les frais du Président et les autres frais seront répartis à égalité entre les Parties contractantes. Le tribunal peut convenir d'un autre mode de répartition des frais. Pour le reste, il règle lui-même sa procédure.

Article 10

1) Les différends qui pourraient surgir au sujet d'un investissement entre une Partie contractante et un investisseur de l'autre Partie contractante seront dans la mesure du possible réglés à l'amiable entre les parties au litige.

2) Si un différend ne peut être réglé dans un délai de six mois à compter de la date à laquelle il a été soulevé par l'une des deux parties au litige, il sera soumis à une procédure arbitrale sur la demande de l'investisseur de l'autre Partie contractante. Dans la mesure où les parties au différend n'en sont pas convenues autrement, les dispositions des paragraphes 3 à 5 de l'article 9 s'appliquent par analogie, sous réserve que les parties au litige désigneront les membres du tribunal arbitral conformément au paragraphe 3 de l'article 9 et que, si les délais visés au paragraphe 3 de l'article 9 ne sont pas respectés, chacune des parties au litige pourra, faute d'autres dispositions, demander au Président de la Cour d'arbitrage de la Chambre de commerce de Stockholm de procéder aux désignations voulues. La sentence arbitrale sera reconnue et exécutée conformément à la Convention pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères, en date du 10 juin 1958¹.

3) La Partie contractante au litige ne fera pas valoir, au cours d'une procédure arbitrale ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, le fait que l'investisseur de

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

l'autre Partie contractante a reçu au titre d'une assurance une indemnisation pour une partie ou pour la totalité du dommage.

Article 11

Le présent Traité restera en vigueur qu'il existe ou non des relations diplomatiques ou consulaires entre les Parties contractantes.

Article 12

En application de l'Accord quadripartite du 3 septembre 1971¹, le présent Traité s'applique également à Berlin (Ouest), conformément aux procédures établies.

Article 13

1) Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés dès que possible à Bonn.

2) Le présent Traité entrera en vigueur 30 jours après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans; à l'expiration de ce délai, il sera reconduit pour une durée indéterminée, sauf si l'une des Parties contractantes le dénonce par écrit avec un préavis de douze mois. A l'expiration du délai de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, avec un préavis de douze mois.

3) En ce qui concerne les investissements réalisés jusqu'à la date d'expiration du présent Traité, les articles 1 à 12 s'appliqueront encore pendant quinze ans à compter de cette date.

Fait à Prague le 2 octobre 1990 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

HERMANN HUBER

Pour la République
fédérative tchèque et slovaque :

VÁCLAV KLAUS

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 880, p. 115.

PROTOCOLE

A la signature du Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, les plénipotentiaires soussignés sont en outre convenus des dispositions ci-après, qui forment partie intégrante du Traité :

1) *En ce qui concerne l'article premier :*

Les créances visées à l'alinéa *c* du paragraphe 1 comprennent les créances provenant de prêts qui sont liés à une participation et ont, quant à leur but et leur volume, le caractère d'une participation (prêts analogues à des participations). Elles ne comprennent pas les crédits consentis par des tiers, par exemple les crédits bancaires à des conditions commerciales.

2) *En ce qui concerne l'article 2 :*

Le Traité s'applique aussi aux territoires de la zone économique exclusive et du plateau continental, dans la mesure où le droit international autorise la Partie contractante concernée à exercer des droits souverains ou une juridiction sur ces territoires.

3) *En ce qui concerne l'article 3 :*

a) Sont notamment considérés comme « activités » au sens de l'article 3 l'administration, l'emploi, l'utilisation ou l'exploitation d'un investissement. Sont notamment considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 toute restriction à l'acquisition de matières premières et matières auxiliaires, d'énergie et de combustible ou de moyens de production et d'exploitation de toute nature, les obstacles à la vente des produits, à l'accès au crédit et aux moyens de paiement intérieurs et étrangers ainsi que les restrictions à l'emploi de personnel et les autres mesures ayant des effets analogues. Ne sont pas considérés comme traitement « moins favorable » au sens de l'article 3 les mesures prises pour des raisons de sécurité et d'ordre public, de santé publique ou de mœurs.

b) Les dispositions de l'article 3 n'obligent pas une Partie contractante à étendre aux investisseurs résidant sur le territoire de l'autre Partie contractante les exemptions, réductions et avantages fiscaux qu'elle n'accorde, conformément à la législation fiscale, qu'aux investisseurs résidant sur son territoire.

c) Dans la limite de leurs législations respectives, les Parties contractantes examineront avec bienveillance les demandes d'entrée et de séjour présentées par des personnes de l'une des Parties contractantes qui souhaitent entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante dans le cadre direct d'un investissement; il en est de même pour les salariés de l'une des Parties contractantes qui souhaitent, dans le cadre direct d'un investissement, entrer sur le territoire de l'autre Partie contractante et y séjournier pour y exercer une activité salariée. Les demandes de permis de travail seront également examinées avec bienveillance.

4) *En ce qui concerne l'article 4 :*

L'investisseur a également droit à indemnisation s'il y a eu une intervention, au moyen de mesures visées au paragraphe 2 de l'article 4, dans l'entreprise à laquelle il participe et que son investissement en a été compromis.

5) *En ce qui concerne l'article 5 :*

a) Est réputé effectué « sans délai » au sens du paragraphe 2 de l'article 4 et du paragraphe 2 de l'article 5 un transfert effectué dans le délai normalement nécessaire pour accomplir les formalités de transfert. Ce délai court à partir de la présentation de la demande correspondante et ne peut en aucun cas excéder deux mois.

b) Le taux de change en vigueur au sens du paragraphe 2 de l'article 5 doit correspondre au taux croisé résultant des taux de change que le Fonds monétaire international appliquerait, au moment du paiement, à la conversion des devises en question en droits de tirage spéciaux.

6) Pour le transport des biens et des personnes effectué au titre d'un investissement, les Parties contractantes s'abstiendront d'exclure ou d'entraver la participation des entreprises de transport de l'autre Partie contractante et délivreront, lorsqu'il y a lieu, les autorisations nécessaires à l'exécution des transports.

FAIT à Prague le 2 octobre 1990 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
fédérale d'Allemagne :

HERMANN HUBER

Pour la République
fédérative tchèque et slovaque :

VÁCLAV KLAUS

ÉCHANGE DE NOTES

I

AMBASSADE DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

Wi 410.20/13 - PR/ch

Note verbale

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne salue le Ministère fédéral des affaires étrangères de la République fédérative tchèque et slovaque et le prie d'informer le Ministère fédéral des finances du fait suivant :

Dans le cadre de la préparation du processus de ratification, il est apparu que, à l'alinéa *a* du paragraphe du Protocole qui concerne l'article 5 du Traité, le mot « Transfermöglichkeiten » a été employé par erreur au lieu du mot « Transferförmlichkeiten », alors que le contexte indique que le mot voulu était « Transferförmlichkeiten ».

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne propose donc que le libellé exact de l'alinéa *a* du paragraphe du Protocole qui concerne l'article 5 soit le suivant :

Dans la version allemande :

« Als 'unverzüglich' durchgeführt im Sinne des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 Absatz 2 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten. »

Dans la version tchèque :

« Převod 'bezodkladné' ve smyslu článku 4 odst. 2 a článku 5 odst. 2 je převod učinený v době obvykle požadované pro přihlédnutí k formalitám spojený s převodem. Tato doba začina dnem, kdy byla předložena příslušná žádost a v žádném případě nesmí překročit dobu 2 měsíců. »

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne serait reconnaissante au Gouvernement de la République fédérative tchèque et slovaque de bien vouloir acquiescer à cette rectification et de la confirmer dès que possible en répétant le libellé rectifié de l'alinéa *a* du paragraphe du Protocole qui concerne l'article 5. Elle serait en outre reconnaissante que le texte suivant figure dans la réponse :

« Avec la note verbale n° 57/91 de l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne, en date du 10 janvier 1991, et la présente réponse, le Traité entre la République fédérale d'Allemagne et la République fédérative tchèque et slovaque relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, en date du 2 octobre 1990, est modifié, avec effet à compter de la date de la signature, le 2 octobre 1990. »

L'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne saisit cette occasion, etc.

Prague, le 10 janvier 1991

Ministère fédéral des affaires étrangères
de la République fédérative tchèque et slovaque
Prague

II

MINISTÈRE FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

Note verbale

Le Ministère fédéral des affaires étrangères salue l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne et a l'honneur, en réponse à la note verbale n° 57/91, de faire savoir qu'après entente avec les organes publics compétents de la République fédérative tchèque et slovaque, la Partie tchécoslovaque acquiesce à la rectification du libellé du Protocole au Traité entre la République fédérative tchèque et slovaque et la République fédérale d'Allemagne relatif à l'encouragement et à la protection réciproque des investissements, signé à Prague le 2 octobre 1990. A l'alinéa *a* du point 5 qui concerne l'article 5 du Traité, le mot « Transfermöglichkeiten » (« možnosti ») a été employé au lieu du mot « Transferförmlichkeiten » (« formalitám »). Dans la version tchèque, il convient en outre de remplacer ensuite la préposition « pro » (« pour ») par « s » (« avec »), c'est-à-dire que la disposition est présentée à l'Assemblée fédérale pour adoption selon le libellé ci-après :

[*Voir note I*]

Le Ministère fédéral des affaires étrangères saisit cette occasion, etc.

Prague, le 13 février 1991

Ambassade de la République
fédérale d'Allemagne
Prague

ANNEXA

*Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations*

ANNEXE A

*Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies*

ANNEXE A

No. 4789. AGREEMENT CONCERNING THE ADOPTION OF UNIFORM CONDITIONS OF APPROVAL AND RECIPROCAL RECOGNITION OF APPROVAL FOR MOTOR VEHICLE EQUIPMENT AND PARTS. DONE AT GENEVA, ON 20 MARCH 1958¹

APPLICATION of Regulations Nos. 5, 8, 9, 20, 31, 34, 45, 56, 57, 59, 60, 62, 64, 65, 68-70, 72-85, 87, 89, 90-92, 94 and 95 annexed to the above-mentioned Agreement

Notification received on:

8 February 1996

RUSSIAN FEDERATION

(With effect from 8 April 1996.)

Registered ex officio on 8 February 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 335, p. 211; see also vol. 516, p. 378 (rectification of the authentic English and French texts of article 1 (8)); vol. 609, p. 290 (amendment to article 1 (1)); and vol. 1059, p. 404 (rectification of the authentic French text of article 12 (2)); for other subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 4 to 21, as well as annex A in volumes 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1688, 1689, 1691, 1963, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902, 1903 and 1908.

ANNEXE A

No 4789. ACCORD CONCERNANT L'ADOPTION DE CONDITIONS UNIFORMES D'HOMOLOGATION ET LA RECONNAISSANCE RÉCIPROQUE DE L'HOMOLOGATION DES ÉQUIPEMENTS ET PIÈCES DE VÉHICULES À MOTEUR. FAIT À GENÈVE, LE 20 MARS 1958¹

APPLICATION des Règlements n°s 5, 8, 9, 20, 31, 34, 45, 56, 57, 59, 60, 62, 64, 65, 68-70, 72-85, 87, 89, 90-92, 94 et 95 annexés à l'Accord susmentionné

Notification reçue le :

8 février 1996

FÉDÉRATION DE RUSSIE

(Avec effet au 8 avril 1996.)

Enregistré d'office le 8 février 1996.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 335, p. 211; voir aussi vol. 516, p. 379 (rectification des textes authentiques anglais et français du paragraphe 8 de l'article 1); vol. 609, p. 291 (amendement du paragraphe 1 de l'article 1); et vol. 1059, p. 404 (rectification du texte authentique français du paragraphe 2 de l'article 12); pour les autres faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 4 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1252, 1253, 1254, 1255, 1256, 1259, 1261, 1271, 1273, 1275, 1276, 1277, 1279, 1284, 1286, 1287, 1291, 1293, 1294, 1295, 1299, 1300, 1301, 1302, 1308, 1310, 1312, 1314, 1316, 1317, 1321, 1323, 1324, 1327, 1328, 1330, 1331, 1333, 1335, 1336, 1342, 1347, 1348, 1349, 1350, 1352, 1355, 1358, 1361, 1363, 1364, 1367, 1374, 1379, 1380, 1389, 1390, 1392, 1394, 1398, 1401, 1402, 1404, 1405, 1406, 1408, 1409, 1410, 1412, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1423, 1425, 1428, 1429, 1434, 1436, 1438, 1443, 1444, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1466, 1474, 1477, 1483, 1484, 1485, 1486, 1487, 1488, 1489, 1490, 1492, 1494, 1495, 1499, 1500, 1502, 1504, 1505, 1506, 1507, 1509, 1510, 1511, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1518, 1519, 1520, 1522, 1523, 1524, 1525, 1526, 1527, 1530, 1537, 1541, 1543, 1545, 1546, 1547, 1548, 1549, 1552, 1555, 1557, 1558, 1559, 1563, 1565, 1566, 1567, 1568, 1569, 1573, 1575, 1578, 1580, 1581, 1582, 1583, 1584, 1585, 1589, 1590, 1593, 1597, 1598, 1605, 1607, 1637, 1639, 1641, 1642, 1647, 1649, 1654, 1656, 1658, 1664, 1671, 1672, 1673, 1678, 1685, 1686, 1688, 1689, 1691, 1963, 1695, 1696, 1698, 1699, 1700, 1702, 1703, 1709, 1714, 1717, 1722, 1723, 1724, 1725, 1728, 1730, 1731, 1745, 1747, 1748, 1753, 1762, 1763, 1764, 1765, 1768, 1769, 1770, 1771, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1792, 1819, 1822, 1823, 1824, 1829, 1830, 1832, 1840, 1843, 1844, 1846, 1849, 1860, 1861, 1862, 1863, 1864, 1870, 1871, 1872, 1880/1881, 1882, 1884, 1886, 1887, 1890, 1891, 1893, 1898, 1900, 1901, 1902, 1903 and 1908.

No. 14668. INTERNATIONAL COVENANT ON CIVIL AND POLITICAL RIGHTS. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 16 DECEMBER 1966¹

Nº 14668. PACTE INTERNATIONAL RELATIF AUX DROITS CIVILS ET POLITIQUES. ADOPTÉ PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 16 DÉCEMBRE 1966¹

NOTIFICATION under article 4

Received on:

8 February 1996

PERU

NOTIFICATION en vertu de l'article 4

Reçue le :

8 février 1996

PÉROU

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

MISIÓN PERMANENTE DEL PERU
ANTE LAS NACIONES UNIDAS

La Misión Permanente del Perú ante las Naciones Unidas saluda atentamente a la Secretaría General de las Naciones Unidas y tiene a honra informarle que mediante Decreto Supremo No. 007 publicado el 4 de febrero de 1996, y en acatamiento de lo previsto en el artículo 4o., inciso 3o., del Pacto Internacional de Derechos Civiles y Políticos, el Gobierno del Perú, en uso de las atribuciones que le confiere el artículo 231o. de la Constitución Política del Estado, ha prorrogado, a partir del 5 de febrero de 1996 y por sesenta (60) días, el estado de Emergencia

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification of authentic Spanish text); and vol. 1059, p. 451 (corrigendum to vol. 999); for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 17 to 21, as well as annex A in volumes 1256, 1259, 1261, 1272, 1275, 1276, 1279, 1286, 1289, 1291, 1295, 1305, 1308, 1312, 1314, 1316, 1324, 1328, 1329, 1333, 1334, 1338, 1339, 1344, 1347, 1348, 1349, 1351, 1352, 1356, 1357, 1358, 1360, 1365, 1379, 1387, 1389, 1390, 1392, 1393, 1399, 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1593, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1672, 1673, 1675, 1676, 1678, 1679, 1681, 1685, 1688, 1690, 1691, 1695, 1696, 1703, 1704, 1705, 1709, 1712, 1714, 1719, 1720, 1722, 1723, 1724, 1725, 1727, 1731, 1732, 1734, 1736, 1737, 1745, 1746, 1747, 1753, 1760, 1762, 1765, 1768, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1819, 1828, 1830, 1841, 1843, 1844, 1846, 1850, 1851, 1856, 1858, 1863, 1865, 1870, 1885, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1893 and 1895.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traité*s, vol. 999, p. 171; vol. 1057, p. 407 (rectification du texte authentique espagnol); et vol. 1059, p. 451 (rectificatif au vol. 999); pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs n°s 17 à 21, ainsi que l'annexe A des volumes 1256, 1259, 1261, 1272, 1275, 1276, 1279, 1286, 1289, 1291, 1295, 1296, 1299, 1305, 1308, 1312, 1314, 1316, 1324, 1328, 1329, 1333, 1334, 1338, 1339, 1344, 1347, 1348, 1349, 1351, 1352, 1354, 1356, 1357, 1358, 1360, 1365, 1379, 1387, 1389, 1390, 1392, 1393, 1399, 1403, 1404, 1408, 1409, 1410, 1413, 1417, 1419, 1421, 1422, 1424, 1427, 1429, 1434, 1435, 1436, 1437, 1438, 1439, 1441, 1443, 1444, 1455, 1457, 1458, 1462, 1463, 1464, 1465, 1475, 1477, 1478, 1480, 1482, 1484, 1485, 1487, 1488, 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1499, 1501, 1502, 1505, 1506, 1508, 1510, 1512, 1513, 1515, 1520, 1522, 1525, 1527, 1530, 1533, 1534, 1535, 1540, 1543, 1545, 1548, 1551, 1555, 1556, 1557, 1562, 1563, 1564, 1567, 1570, 1577, 1578, 1579, 1580, 1582, 1583, 1587, 1598, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1654, 1660, 1663, 1665, 1667, 1669, 1671, 1672, 1673, 1675, 1676, 1678, 1679, 1681, 1685, 1688, 1690, 1691, 1695, 1696, 1703, 1704, 1705, 1709, 1712, 1714, 1717, 1719, 1720, 1722, 1723, 1724, 1725, 1727, 1728, 1730, 1731, 1732, 1734, 1736, 1737, 1745, 1746, 1747, 1753, 1760, 1762, 1765, 1768, 1771, 1774, 1775, 1776, 1777, 1785, 1787, 1788, 1819, 1828, 1830, 1841, 1843, 1844, 1846, 1850, 1851, 1856, 1858, 1863, 1865, 1870, 1885, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1893, 1894 et 1895.

en los Departamentos de Huánuco (excepto las Provincias de Puerto Inca y Yarowillca, Dos de Mayo y Distrito de Huacrachuco, de la Provincia de Marañón), San Martín y el Distrito de Yurimaguas de la Provincia de Alto Amazonas del Departamento de Loreto.

Asimismo, por Decreto Supremo No. 008, publicado el 4 de febrero de 1996, se prorroga el Estado de Emergencia por el plazo de sesenta (60) días, a partir del 5 de febrero de 1996, en las provincias de Oxapampa, del Departamento de Pasco; Provincias de Satipo y Chanchamayo, del Departamento de Junín; Provincias de Huancavelica, Castrovirreyna y Huaytara, del Departamento de Huancavelica; Provincias de Huamanga, Lucanas, Cangallo y La Mar, del Departamento de Ayacucho; y los Distritos de Quimbiri y Pichari, de la Provincia La Convención, del Departamento del Cusco.

Igualmente, por Decreto Supremo No. 009, publicado el 5 de febrero de 1996, se prorroga el estado de emergencia por el plazo de sesenta (60) días, a partir del 6 de febrero de 1996 en las Provincias de Chincheros, Andahuaylas, Abancay y Aymaraes del Departamento de Apurímac.

Consecuentemente, se han suspendido las garantías individuales contempladas en el artículo 2do. de la Constitución del Perú, incisos 7, 9, 10 y 20(G).

Mientras dure el Estado de Emergencia, las Fuerzas Armadas continuarán ejerciendo el control del orden interno en dichas provincias.

Igualmente, las Fuerzas Policiales presentes en la jurisdicción declarada en estado de emergencia continuarán cumpliendo sus funciones específicas, en adición a las que disponga el comando político-militar de la zona.

La Misión Permanente del Perú ante las Naciones Unidas hace propicia la oportunidad para reiterar a la Secretaría General de las Naciones Unidas las seguridades de su más alta y distinguida consideración.

Nueva York, 7 de febrero de 1996

Secretaría General de las Naciones Unidas
Nueva York

Vol. 1909, A-14668

[TRANSLATION]

PERMANENT MISSION OF PERU
TO THE UNITED NATIONS

New York, 7 February 1996

The Permanent Mission of Peru to the United Nations presents its compliments to the Secretary-General of the United Nations and has the honour to inform him, in accordance with the provisions of article 4, paragraph 3, of the International Covenant on Civil and Political Rights, that by Supreme Decree No. 007, published on 4 February 1996, and in exercise of the powers conferred on it by article 231 of the Political Constitution of the State, the Government of Peru extended for a period of sixty (60) days, beginning on 5 February 1996, the state of emergency in the Departments of Huánuco (with the exception of the provinces of Puerto Inca, Yarowillca and Dos de Mayo and the Huacrachuco district of the province of Marañón) and San Martín and the Yurimaguas district of the province of Alto Amazonas (Department of Loreto).

In addition, by Supreme Decree No. 008, published on 4 February 1996, the state of emergency was extended for a period of sixty (60) days, beginning on 5 February 1996, in the provinces of Oxapampa (Department of Pasco), Satipo and Chanchamayo (Department of Junín) Huaytara (Department of Huancavelica), Huamanga, Lucanas, Cangallo and La Mar (Department of Ayacucho) and the Quimbiri and Pichari districts of La Convención province (Department of Cusco).

Likewise, by Supreme Decree No. 009, published on 5 February 1996, the state of emergency was extended for a period of sixty (60) days, beginning on 6 February 1996, in the provinces of Chincheros, Andahuaylas, Abancay and Aymaraes in the Department of Apurímac.

As a result, the individual guarantees provided for in article 2, paragraphs 7, 9, 10 and 20 (G), of the Constitution of Peru have been suspended.

While the state of emergency remains in effect, the armed forces will continue to be

[TRADUCTION]

MISSION PERMANENTE DU PÉROU
AUPRÈS DE L'ORGANISATION
DES NATIONS UNIES

New York, le 7 février 1996

La Mission permanente du Pérou auprès de l'Organisation des Nations Unies présente ses compliments au Secrétaire général de l'Organisation et a l'honneur de l'informer qu'aux termes du Décret supérieur n° 007 publié le 4 février 1996, et conformément aux dispositions du paragraphe 4 du Pacte international relatif aux droits civils et politiques, le Gouvernement péruvien, faisant usage des pouvoirs que lui confère l'article 231 de la Constitution politique de l'Etat, a déclaré, à partir du 5 février 1996 et pour une durée de soixante (60) jours, l'état d'urgence dans les départements de Huánuco (à l'exception des provinces de Puerto Inca et Yarowillca, Dos de Mayo et du district de Huacrachuco, dans la province de Marañón), San Martín et le district de Yurimaguas, dans la province de Alto Amazonas (département de Loreto).

De même, par le Décret supérieur n° 008, publié le 4 février 1996, l'état d'urgence est prorogé pour une durée de soixante (60) jours, à partir du 5 février 1996, dans les provinces d'Oxapampa (département de Pasco); les provinces de Satipo et Chanchamayo (département de Junin); les provinces de Huancavelica, Castrovirreyna et Huaytara (département de Huancavelica); les provinces de Huamanga, Lucanas, Cangallo et La Mar (département d'Ayacucho); et les districts de Quimbiri et Pichari, dans la province de la Convención (département du Cusco).

En outre, par le Décret supérieur n° 9, publié le 5 février 1996, l'état d'urgence est prorogé pour une durée de soixante (60) jours, à partir du 6 février 1996, dans les provinces de Chincheros, Andahuaylas, Abancay et Aymaraes (département d'Apurímac).

En conséquence, les garanties individuelles visées aux paragraphes 7, 9, 10 et 20 g de l'article 2 de la Constitution péruvienne sont suspendues.

Pendant toute la durée de l'état d'urgence, l'ordre public dans les provinces mention-

responsible for maintaining law and order in the above-mentioned provinces.

Likewise, police forces stationed in areas where the state of emergency is in effect will continue to carry out their specific functions, in addition to any functions assigned to them by their area's political and military command.

The Permanent Mission of Peru to the United Nations takes this opportunity to convey to the United Nations Secretariat the renewed assurances of its highest consideration.

United Nations Secretariat
New York

nées demeurera sous le contrôle des forces armées.

De même, les forces de police présentes dans la juridiction déclarée sous état d'urgence continueront d'exercer les fonctions qui leur reviennent, outre celles que leur confiera le commandement civil et militaire de la zone.

La Mission permanente du Pérou auprès de l'Organisation des Nations Unies saisit cette occasion de réaffirmer au Secrétaire général de l'Organisation les assurances de sa très haute considération.

Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies
New York

Recapitulative table of the Decrees by which a state of emergency was extended in various departments, provinces and districts of Peru between 6 October 1995 and 6 October 1996

Supreme Decree Number	Date of the Decree	Nos of days	Date of effect	Departments, Provinces and Districts
065-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	8/10/95	The department of Huánuco, (except in the Puerto Inca, Yarowilca and Dos de Mayo provinces and the Huacachucu district of the province of Marañon) and San Martín and the Yurimaguas district of the Alto Amazonas province of the department of Loreto.
079-95-DE/CCFFAA	6/12/95	60	7/12/95	
007	4/2/96	60	5/2/96	
014-96-DE/CCFFAA	2/4/96	60	5/4/96	
032-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	
047-96-DE/CCFFAA	6/8/96	60	7/8/96	
054-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	
067-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	9/10/95	The Chincheros, Andahuaylas, Abancay and Aymaraes provinces of the department of Apurímac
080-95-DE/CCFFAA	7/12/95	60	8/12/95	
009	5/2/96	60	6/2/96	
015-96-DE/CCFFAA	2/4/96	60	6/4/96	
031-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	The Chincheros and Andahuaylas provinces of the department of Apurímac
045-96-DE/CCFFAA	6/8/96	60	7/8/96	
052-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	

Supreme Decree Number	Date of the Decree	Nos of days	Date of effect	Departments, Provinces and Districts
066-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	8/10/95	Oxapampa province of the department of Pasco; the Huancayo, Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Lucanas, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of the La Convención province of the department of Cuzco
078-95-DE/CCFFAA	6/12/95	60	7/12/95	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Lucanas, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of the La Convención province of the department of Cuzco
008	4/2/96	60	5/2/96	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Lucanas, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of the La Convención province in the department of Cuzco
013-00-DE/CCFFAA	2/4/96	60	5/4/96	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of La Convención province in the department of Cuzco
030-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of La Convención province in the department of Cuzco
046-96-DE/CCFFAA	8/8/96	60	7/8/96	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of La Convención province in the department of Cuzco
053-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	Oxapampa province of the department of Pasco; the Satipo and Chanchamayo provinces of the department of Junin; the Huancavelica, Castrovirreyna and Huaytará provinces of the department of Huancavelica; the Huamanga, Cangallo and La Mar provinces of the department of Ayacucho; and the Quimbiri and Pichari districts of La Convención province in the department of Cuzco

Tableau récapitulatif des Décrets par lesquels l'état d'urgence a été abrogé dans divers départements, provinces et districts du Pérou entre le 6 octobre 1995 et le 6 octobre 1996

Numéro du Décret supérieur	Date du Décret	Nombre de jours	Date de prise d'effet	Départements et Provinces et Districts
065-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	8/10/95	
079-95-DE/CCFFAA	6/12/95	60	7/12/95	
007	4/2/96	60	5/2/96	
014-96-DE/CCFFAA	2/4/96	60	5/4/96	
032-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	Le département de Huánuco (sauf les provinces de Puerto Inca, Yarowilca et Dos de Mayo et du district de Huacachucu de la province du Marañón) et de San Martín et dans le district de Yurimaguas de la province d'Alto Amazonas (département de Loreto)
047-96-DE/CCFFAA	6/8/96	60	7/9/96	
054-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	
061-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	9/10/95	
060-95-DE/CCFFAA	7/12/95	60	8/12/95	Les provinces de Chincheros, Andahuaylas, Abancay et Aymaraes (département de Apurímac)
009	5/2/96	60	6/2/96	
015-96-DE/CCFFAA	2/4/96	60	6/4/96	
031-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	
045-96-DE/CCFFAA	6/8/96	60	7/8/96	Les provinces de Chincheros et Andahuaylas (département de Apurímac)
052-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	

Numéro du Décret supérieur	Date du Décret	Nombre de jours	Date de prise d'effet	Départements, Provinces et Districts
066-95-DE/CCFFAA	5/10/95	60	8/10/95	Province d'Oxapampa (département de Pasco); les provinces de Huancayo, Satipo et Chanchamayo (département de Junin); les provinces de Huancavelica, Castrovirreyna et Huaytara (département de Huancavelica); les provinces de Huamanga, Lucanas, Cangallo et La Mar (département d'Ayacucho); les districts de Quimbiri et Pichari de la province La Convención (département du Cusco)
078-95-DE/CCFFAA	6/12/95	60	7/12/95	
008	4/2/96	60	5/2/96	Province d'Oxapampa (département de Pasco); les provinces de Satipo et Chanchamayo (département de Junin); les provinces de Huancavelica, Castrovirreyna et Huaytara (département de Huancavelica); les provinces de Huamanga, Lucanas, Cangallo et La Mar (département d'Ayacucho); les districts de Quimbiri et Pichari de la province La Convención (département du Cusco)
013-00-DE/CCFFAA	2/4/96	60	5/4/96	Province d'Oxapampa (département de Pasco); les provinces de Satipo et Chanchamayo (département de Junin); les provinces de Huancavelica, Castrovirreyna et Huaytara (département de Huancavelica); les provinces de Huamanga, Cangallo et La Mar (département d'Ayacucho); les districts de Quimbiri et Pichari de la province La Convención (département du Cusco)
030-96-DE/CCFFAA	7/6/96	60	8/6/96	
046-96-DE/CCFFAA	6/8/96	60	7/8/96	
053-96-DE/CCFFAA	30/9/96	60	6/10/96	

Registered ex officio on 8 February 1996.

Enregistré d'office le 8 février 1996.

No. 19681. TREATY BETWEEN THE UNITED STATES OF AMERICA AND THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY CONCERNING EXTRADITION. SIGNED AT BONN ON 20 JUNE 1978¹

Nº 19681. TRAITÉ D'EXTRADITION ENTRE LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE ET LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE. SIGNÉ À BONN LE 20 JUIN 1978¹

SUPPLEMENTARY TREATY² TO THE ABOVE-MENTIONED TREATY. SIGNED AT WASHINGTON ON 21 OCTOBER 1986

Came into force on 11 March 1993 by the exchange of the instruments of ratification, which took place at Bonn, in accordance with article 6 (2).

Authentic texts: German and English.

Registered by Germany on 8 February 1996.

TRAITÉ COMPLÉMENTAIRE² AU TRAITÉ SUS-MENTIONNÉ. SIGNÉ À WASHINGTON LE 21 OCTOBRE 1986

Entré en vigueur le 11 mars 1993 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Bonn, conformément au paragraphe 2 de l'article 6.

Textes authentiques : allemand et anglais.

Enregistré par l'Allemagne le 8 février 1996.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1220, p. 269.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traité*s, vol. 1220, p. 269.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ZUSATZVERTRAG ZUM AUSLIEFERUNGSVERTRAG ZWISCHEN DER BUNDES-
REPUBLIK DEUTSCHLAND UND DEN VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika —

in dem Wunsch, den Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten
Staaten von Amerika (im folgenden als „Auslieferungsvertrag“
bezeichnet) wirksamer zu gestalten —

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

- a) Artikel 2 Absatz 1 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

„(1) Auslieferungsfähige Straftaten nach diesem Vertrag sind Straftaten, die nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbar sind. Für die Entscheidung, ob es sich um eine auslieferungsfähige Straftat handelt, ist es unerheblich, ob das Recht der Vertragsparteien die Straftat in die gleiche Kategorie von Straftaten einordnet oder die Straftat unter den gleichen Begriff faßt oder ob sich die beiderseitige Strafbarkeit aus dem Recht des Bundes, der Einzelstaaten oder der Länder ergibt. Insbesondere kann die beiderseitige Strafbarkeit Straftaten im Rahmen der Beteiligung an einer Vereinigung umfassen, deren Ziele und Tätigkeiten die Begehung auslieferungsfähiger Straftaten einschließen, beispielsweise Bildung einer kriminellen Vereinigung nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und Beteiligung an einer in organisiertes Verbrechen verwickelten Vereinigung nach dem Recht der Vereinigten Staaten.“

- b) Artikel 6 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

„In Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisenstrafsachen kann die Auslieferung verweigert werden, wenn die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates entscheidet, daß der Auslieferung wegen einer solchen Tat die öffentliche Ordnung (ordre public) oder andere wesentliche Interessen des ersuchten Staates entgegenstehen.“

- c) Der Anhang zum Auslieferungsvertrag entfällt.

Artikel 2

Artikel 4 Absatz 3 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

„Im Rahmen dieses Vertrags werden folgende Straftaten nicht als solche im Sinne des Absatzes 1 angesehen:

- a) eine Straftat, derentwegen beide Vertragsparteien auf Grund einer mehrseitigen internationalen Übereinkunft verpflichtet sind, den Verfolgten auszuliefern oder die Angelegenheit ihren zuständigen Behörden zur Entscheidung über die Strafverfolgung zu unterbreiten;
- b) Mord, Totschlag, gefährliche oder schwere Körperverletzung;
- c) Menschenraub, Entführung oder jede vergleichbare Freiheitsberaubung einschließlich Geiselnahme;
- d) das Anbringen oder die Verwendung von Sprengstoffen, Zündeinrichtungen oder Zerstörmitteln, durch die Leben gefährdet oder schwere Körperverletzung oder erheblicher Sachschaden verursacht werden kann;
- e) der Versuch, die Verabredung zu oder die Teilnahme an einer der vorstehenden Straftaten.“

Artikel 3

Die Überschrift des Artikels 20 des Auslieferungsvertrags wird wie folgt geändert:

„Vorübergehende oder aufgeschobene Übergabe“.

Der Wortlaut des Artikels 20 wird zu Artikel 20 Absatz 1, und der folgende Wortlaut wird als Artikel 20 Absatz 2 eingefügt:

„(2) Statt dessen kann der ersuchte Staat den Verfolgten dem ersuchenden Staat vorübergehend zum Zweck der Strafverfolgung übergeben. Der so Übergebene wird im ersuchenden Staat in Haft gehalten und nach Abschluß des Verfahrens gegen ihn an den ersuchten Staat unter Bedingungen rücküberstellt, die von den Vertragsparteien einvernehmlich festgelegt werden.“

Artikel 4

Dieser Zusatzvertrag findet auf die vor oder nach seinem Inkrafttreten begangenen Straftaten, die vor oder nach seinem Inkrafttreten gestellten Ersuchen und die vor oder nach seinem Inkrafttreten für auslieferungsfähig erklärt Personen Anwendung; er findet jedoch nicht Anwendung auf eine vor seinem Inkrafttreten begangene Straftat, die zur Zeit ihrer Begehung nach dem Recht beider Vertragsparteien nicht mit Strafe bedroht war.

Artikel 5

(1) Dieser Zusatzvertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Zusatzvertrags eine gegenseitige Erklärung abgibt.

(2) Bei der Anwendung dieses Zusatzvertrags auf das Land Berlin gelten Bezugnahmen auf die Bundesrepublik Deutschland oder deren Hoheitsgebiet auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Artikel 6

(1) Dieser Zusatzvertrag ist Bestandteil des Auslieferungsvertrags.

(2) Dieser Zusatzvertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht. Er tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er tritt auf dieselbe Weise wie der Auslieferungsvertrag außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten diesen Zusatzvertrag unterschrieben.

Geschehen zu Washington am 21. Oktober 1986 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik
Deutschland:

HANS-DIETRICH GENSCHER

Für die Vereinigten Staaten
von Amerika:

GEORGE P. SHULTZ

SUPPLEMENTARY TREATY TO THE TREATY BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE UNITED STATES OF AMERICA CONCERNING EXTRADITION

The Federal Republic of Germany

and

the United States of America,

Desiring to make more effective the Treaty of June 20, 1978 between the Federal Republic of Germany and the United States of America concerning Extradition (hereinafter referred to as "the Extradition Treaty").

Have agreed as follows:

Article 1

- (a) Article 2, paragraph (1) of the Extradition Treaty is amended to read as follows:
"(1) Extraditable offenses under this Treaty are offenses which are punishable under the laws of both Contracting Parties. In determining what is an extraditable offense it shall not matter whether or not the laws of the Contracting Parties place the offense within the same category of offenses or denominate an offense by the same terminology, or whether dual criminality follows from Federal, State or Laender laws. In particular, dual criminality may include offenses based upon participation in an association whose aims and activities include the commission of extraditable offenses, such as a criminal society under the laws of the Federal Republic of Germany or an association involved in racketeering or criminal enterprise under the laws of the United States."
- (b) Article 6 of the Extradition Treaty is amended to read as follows:
"Extradition may be refused for offenses in connection with taxes, duties, customs and exchange if the competent executive authority of the Requested State determines that extradition for any such offense would be contrary to the public policy or other essential interests of the Requested State."
- (c) The Appendix to the Extradition Treaty is hereby deleted.

Article 2

Article 4, paragraph (3) of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

"For the purpose of this Treaty the following offenses shall not be deemed to be offenses within the meaning of paragraph (1):

- (a) an offense for which both Contracting Parties have the obligation pursuant to a multilateral international agreement to extradite the person sought or to submit his case to their competent authorities for decision as to prosecution;
- (b) murder, manslaughter, maliciously wounding, or inflicting grievous bodily harm;
- (c) kidnapping, abduction, or any form of unlawful detention, including taking a hostage;
- (d) placing or using an explosive, incendiary or destructive device capable of endangering life, or of causing grievous bodily harm, or of causing substantial property damage;
- (e) an attempt or conspiracy to commit, or participation in, any of the foregoing offenses."

Article 3

The title of Article 20 of the Extradition Treaty is amended to read as follows:

"Temporary or Deferred Surrender."

The text of Article 20 is renumbered to become Article 20, paragraph (1), and the following text is inserted as Article 20, paragraph (2):

"(2) Alternatively, the Requested State may temporarily surrender the person sought to the Requesting State for the purpose of prosecution. The person so surrendered shall be kept in custody in the Requesting State and shall be returned to the Requested State after conclusion of the proceedings against that person, in accordance with conditions to be determined by mutual agreement of the Contracting Parties."

Article 4

This Supplementary Treaty shall apply to any offense committed, and to any request made, or to any person found extraditable, before or after this Supplementary Treaty enters into force, provided that this Supplementary Treaty shall not apply to an offense committed before this Supplementary Treaty enters into force which was not an offense under the laws of both Contracting Parties at the time of its commission.

Article 5

(1) This Supplementary Treaty shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Supplementary Treaty.

(2) Upon the application of this Supplementary Treaty to Land Berlin, references in the Supplementary Treaty to the Federal Republic of Germany or to the territory thereof shall be deemed also to be references to Land Berlin.

Article 6

(1) This Supplementary Treaty shall form an integral part of the Extradition Treaty.

(2) This Supplementary Treaty shall be subject to ratification and the instruments of ratification shall be exchanged at Bonn as soon as possible. It shall enter into force upon the exchange of instruments of ratification. It shall be subject to termination in the same manner as the Extradition Treaty.

In witness whereof, the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Supplementary Treaty.

Done at Washington this twenty-first day of October 1986, in duplicate, in the English and German languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic
of Germany:

HANS-DIETRICH GENSCHER

For the United States
of America:

GEORGE P. SHULTZ

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ COMPLÉMENTAIRE AU TRAITÉ D'EXTRADITION ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE

La République fédérale d'Allemagne et les Etats-Unis d'Amérique,

Désireux d'accroître l'effectivité du Traité d'extradition entre la République fédérale d'Allemagne et les Etats-Unis d'Amérique, en date du 20 juin 1978 (ci-après dénommé « le Traité d'extradition »),

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1

a) Le paragraphe 1 de l'article 2 du Traité d'extradition est modifié comme suit :

« 1) Les infractions donnant lieu à extradition aux termes du présent Traité sont les infractions qui tombent sous le coup de la législation des deux Parties contractantes. Aux fins de déterminer si une infraction est passible d'extradition, il n'importe pas que la législation des Parties contractantes place l'infraction dans la même catégorie d'infractions ou lui donne la même appellation, ou que l'acte commis soit considéré comme infraction en vertu de la législation fédérale, de l'état ou du *land*. Les infractions réputées passibles d'extradition par les deux Parties contractantes (double incrimination) peuvent notamment comprendre les infractions liées à la participation à une association qui, de par ses buts et ses activités, implique la perpétration d'infractions donnant lieu à extradition, notamment une entreprise réputée criminelle au regard de la législation de la République fédérale d'Allemagne ou une association de racket ou une entreprise réputée criminelle au regard de la législation des Etats-Unis d'Amérique. »

b) L'article 6 du Traité d'interdiction est modifié comme suit :

« L'extradition au titre d'infractions en matière fiscale, douanière, y compris les droits de douane, et caniniale peut être refusée si l'autorité exécutive compétente de l'Etat requis établit que l'extradition pour lesdites infractions serait contraire à la politique de cet Etat ou à ses intérêts fondamentaux. »

c) L'annexe au Traité d'extradition est supprimée.

Article 2

Le paragraphe 3 de l'article 4 du Traité d'extradition est modifié comme suit :

« Aux fins du présent Traité, les infractions citées ci-après ne sont pas considérées comme des infractions au sens du paragraphe 1 :

a) Une infraction pour laquelle, en vertu d'un accord international multilatéral, les Parties contractantes sont tenues d'extrader la personne recherchée ou de soumettre l'affaire à leurs autorités compétentes qui décideront des poursuites judiciaires à intenter;

b) Le meurtre, l'homicide involontaire, les coups et blessures volontaires et les lésions corporelles graves;

c) Le rapt, l'enlèvement ou la détention arbitraire, sous quelque forme qu'elle soit, y compris la prise d'otage;

d) La mise en place ou l'utilisation d'un dispositif explosif, incendiaire ou destructeur pouvant mettre la vie en danger, entraîner des lésions corporelles graves ou causer des dommages matériels importants;

e) Une tentative d'infraction ou un délit d'association, en vue de commettre toute infraction décrite ci-dessus ou la participation à une telle infraction. »

Article 3

Le titre de l'article 20 du Traité d'extradition est modifié comme suit :

« Remise temporaire ou différée de la personne recherchée »

Le texte de l'article 20 devient le paragraphe 1 de l'article 20, et le texte qui suit est inséré en tant que paragraphe 2 dudit article :

« 2) L'Etat requis a également la possibilité de remettre à titre temporaire la personne recherchée à l'Etat requérant aux fins de poursuites judiciaires. La personne remise est gardée à vue dans l'Etat requérant et rendue à l'Etat requis à la conclusion des poursuites judiciaires intentées contre elle selon des modalités déterminées par accord entre les Parties contractantes. »

Article 4

Le présent Traité complémentaire s'applique à toute infraction commise avant ou après sa date d'entrée en vigueur, de même qu'à toute demande d'extradition présentée, et à toute personne jugée passible d'extradition avant ou après cette date, étant entendu qu'il ne s'applique pas aux infractions commises avant son entrée en vigueur, si ladite infraction n'était réprimée par la loi d'aucune des deux Parties contractantes à l'époque où elle a été commise.

Article 5

1) Le présent Traité complémentaire s'applique aussi au *Land Berlin*, sauf si le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare le contraire au Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique dans les trois mois suivant son entrée en vigueur.

2) Aux fins d'application du présent Traité complémentaire au *Land Berlin*, toute référence faite dans le présent Traité complémentaire à la République fédérale d'Allemagne ou à son territoire est réputée s'appliquer aussi au *Land Berlin*.

Article 6

1) Le présent Traité complémentaire fait partie intégrante du Traité d'extradition.

2) Le présent Traité complémentaire est ratifié et les instruments de ratification sont échangés à Bonn dans les meilleurs délais. Il entre en vigueur à la date de l'échange desdits instruments. Il peut être dénoncé de la même manière que le Traité d'extradition.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment accrédités à cet effet par leurs gouvernements respectifs, ont signé le présent Traité complémentaire.

FAIT à Washington, le 21 octobre 1986, en double exemplaire, en langues anglaise et allemande, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale
d'Allemagne :

HANS-DIETRICH GENSCHER

Pour les Etats-Unis
d'Amérique :

GEORGE P. SHULTZ